

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Sonntags und Feiertags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Bote“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Lieferung im Monat für den Monat April 35.— Mk., im voraus abhört. Durch die Post bezogen 32.— Mk. Bestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar und Grenzgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Ostpreußens 69.— Mk., für das übrige Ausland 87.— Mk.

Die Jahrgangspreise Korrespondenz oder deren Raum kostet 12.— Mk., einschließlich Unterhaltungsbeilagen. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,50 Mk., jedes weitere Wort 1,75 Mk., einschließlich Unterhaltungsbeilagen. Große Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Befehle: 8.— Mk. halbes Jahr, Stellen-Befehle in Berlin-Anzeigen: das festgedruckte Wort 2.— Mk., jedes weitere Wort 1,50 Mk.

Bernsprecher Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Poincaré droht mit dem Bruch

So will ich's, so befehle ich's!

Paris, 21. April.

Bei der Eröffnung des Generalrats des Maadepartements hielt Ministerpräsident Poincaré in Bar-le-Duc eine Rede, in der er, wie so oft schon, auf die Friedensliebe der Franzosen bis zum deutschen Angriff hinwies. Als Grenzfranzosen hätten sie die schrecklichen Gezeiten eines bewaffneten Angriffs erkannt.

Uebergend zum Friedensschluß sagte der Präsident: Der Friedensvertrag von Versailles hat bestimmt, daß die Kriegskosten zu Lasten der siegreichen Völker bleiben, hat aber wenigstens festgesetzt, daß die vom Feinde auf unserem Gebiet verursachten Schäden und die Pensionen der Witwen und Verwundeten zu Lasten Deutschlands gehen. Es wurde auch bestimmt, daß Deutschland entwaffnet und endgültig zur militärischen Ohnmacht verurteilt werden solle. Wenn diese Bestimmungen richtig angewandt worden wären, würde Frankreich befriedigt sein, denn es würde dadurch zum großen Teil seiner ersten finanziellen Schwierigkeiten ledig und hätte die Freude, endlich seine Sicherheit garantiert zu sehen. Mehr verlange es nicht. Um die Industrie, den Handel und die Landwirtschaft zu heben, habe Frankreich den Wunsch und die Absicht, so viel wie möglich die militärischen Lasten zu verringern, aber wer werde nicht selbst nach dem Abschluß des Abkommens von Rapallo die Unklarheit empfinden, die darin besteht, zu rasch abzuhäuten. Schon seit längerer Zeit hätten sich zwischen Deutschland und den Völkern Sympathien angeknüpft, die seit dem Abkommen von Rapallo in das beste Sonnenlicht gerückt worden seien. Wie viele Leute, die aus ihrer Ruhe aufgeschreckt worden wären, würden nun erkennen, daß das Kabinett recht gehabt habe, für den Augenblick an der Monatsgenossenschaft festzuhalten.

Wenn wir aufmerksam das verfolgen, was sich bei unserem östlichen Nachbarn ereignet, sehen wir immer noch auf dem Gebiet des Deutschen Reiches Polizeikräfte, zusammengefaßt aus ehemaligen Unteroffizieren, die jedoch bereit sind, sich vom Abend zum Morgen in militärische Cadres umzubilden. In Oberschlesien, wo die Interalliierte Kommission noch für einige Wochen die souveräne Gewalt in Händen hat, sind Waffendepots, die aus den deutschen Provinzen dort zusammengetragen wurden, unter tragischen Umständen entbedt worden. Die Nachforschungen haben Attentate hervorgebracht, die augenblicklich Gegenstand einer gerichtlichen Untersuchung sind und strenge Sanktionen erfordern. Alles vollzieht sich also so, als wenn die Alldeutschen die Gelegenheit ersuchten, um früher oder später in einer der Provinzen Unruhen hervorzurufen und durch Gewalt die Deutschland durch den Friedensvertrag von Versailles genommenen politischen Gebiete zurückzuerobern.

Was die Reparationen anbetreffe, von denen nicht nur das Schicksal der verwitweten Departements sondern die Wiederherstellung von ganz Frankreich abhängt, so näherte man sich einem Verfall. Vor dem 1. Mai habe Deutschland die Verpflichtung, sich dem Programm unterzuordnen, das die Reparationskommission aufgestellt habe, d. h. sich zu verpflichten, einen Komplex von neuen Steuern zu votieren und eine interalliierte Kontrolle über seine Finanzen anzunehmen. Wenn Deutschland widerstehe und wenn zur festgesetzten Stunde die Reparationskommission eine Verletzung feststelle, hätten die Alliierten das Recht und die Pflicht, auch die Pflicht, zum Schutz ihrer Interessen Maßnahmen zu ergreifen, von denen es unzweifelhaft wünschenswerter wäre, wenn sie nach gemeinsamen Abkommen unter ihnen angenommen und angewandt würden, die aber nach dem Wortlaut des Vertrages nötigenfalls auch von jeder der interessierten Mächte allein ergriffen werden könnten und die Deutschland nach dem Vertrag von Versailles nicht als einen Akt der Feindseligkeit ansehen dürfte.

Wir wünschen schlußförmig — so fuhr Poincaré fort — bei dieser Gelegenheit die Zusammenarbeit aller Alliierten aufrechtzuerhalten, aber wir werden in voller Unabhängigkeit die Sache Frankreichs verteidigen und wir werden auch nicht einen Augenblick die Waffen fallen lassen, die uns der Vertrag in die Hand gegeben hat. Wir werden es nicht dulden, daß unser unglückliches Land unter dem Gewicht der Reparationen zusammenbricht an der Seite eines Deutschlands, das nicht die notwendigen Anstrengungen machen will, um sich seiner Schuld zu entledigen.

Was sich in Genua ereignet hat, beschäftigt in seltsamer Weise alles, was wir über den Geisteszustand eines großen Teiles des Deutschen Reiches gewußt haben und worüber ich mich in den letzten Tagen noch vor der Kammer äußern habe. Seit wann hatte Deutschland einen

Vertrag mit den Sowjets vorbereitet? Gestattet die erfolgte Veröffentlichung, den ganzen Vertrag zu erkennen? Sind mit dem Vertrag — ja oder nein — Geheimklauseln verbunden? Ist er als Schutzwall für politische oder militärische Abmachungen? Auf alle Fälle aber vollzieht er eine Annäherung, die morgen eine direkte Bedrohung gegen Polen und eine indirekte Bedrohung gegen Frankreich werden kann? Die öffentliche Meinung Frankreichs — sagte Poincaré weiter — habe begriffen, daß die Dinnahme dieses Vertrages, besonders unter den Bedingungen, unter denen er erfolgt sei, sofort die Sprengung der Konferenz von Genua nach sich hätte ziehen müssen. Die Alliierten hätten indessen ihren Wunsch nach Ruhe und Mäßigung soweit getrieben, daß sie das Mögliche getan hätten, um einen Bruch zu vermeiden. Die französische Delegation habe von neuem ihren lokalen Wunsch für Mitarbeit gezeigt und sich der nachgiebigen Aktion angeschlossen, die man gegen Deutschland unternommen habe. Als sich das gegenwärtige Ministerium gebildet habe, sei die Konferenz von Genua einberufen gewesen. Frankreich habe sich unter den einladenden Mächten befunden. Die Regierung habe im Einverständnis mit den Kammern erlaubt, ihr Wort nicht zurückziehen zu können. Sie habe aber Vorsichtsmaßnahmen für eine klare Begrenzung der Probleme der Konferenz getroffen, die sie nicht aufgeben werde, namentlich keine der Vorsichtsmaßnahmen in bezug auf die Wiederherstellungs- und Entwaffnungsfrage.

Unter gewissen Reservierungen habe Frankreich seinen Verbündeten aufrichtige Teilnahme an den Verhandlungen versprochen, um der Welt einen Beweis seines guten Willens zu geben. Die Entente der Russen und Deutschen, so ernst sie auch sei, sei den französischen Delegierten nicht als ein Akt erschienen, dessen Verantwortlichkeit man auf die gesamte Konferenz hätte zurückfallen lassen können, und sie hätte nicht geglaubt, daß die von zwei der eingeladenen Mächte ergriffene Initiative eine völlige und sofortige Aufgabe des begonnenen Werkes rechtfertige. Frankreich habe sich unter diesen Umständen nicht von England, Italien, Japan, Belgien, Polen, der Tschecho-Slowakei, Rumänien, Süd-Slawen und Portugal getrennt. Wenn die französische Delegation in Genua ihren friedlichen Geist und ihre entgegenkommende Absicht nicht durchführen könne, dann werde sie es bedauern, eine Mitarbeit an einer Konferenz nicht fortsetzen zu können, für die sie wenigstens versucht habe, den Erfolg vorzubereiten und sicherzustellen. Aber wie auch die Haltung Deutschlands und Russlands sein möge, es sei nunmehr eine politische Situation geschaffen, die geeignet erscheine, das europäische Gleichgewicht zu kompromittieren und vielleicht anzukürzen, der man nicht mit Hilfe von wirtschaftlichen oder finanziellen einfachen Formeln, selbst nicht durch große internationale Verhandlungen begegnen könne. Weder Bankfortschritte noch auch noch so gelehrte Empfehlungen über die Wertschuldung und Transportfragen könnten den Weltfrieden auf einer dauerhaften Grundlage aufrichten.

Ministerpräsident Poincaré glaubt, eine der treibendsten Kräfte bei einem großen Teil der deutschen Bevölkerung sei die Revanchehoffnung; bei den Volkswirten sei der leitende Gedanke, den Völkern ein neues Evangelium zu bringen. Gegenüber einem derartigen Zustand, der durch das Abkommen von Rapallo grell beleuchtet würde, könne man nur auf der Anwendung der moralischen Kräfte beharren. Frankreich werde in Genua unter der Bedingung bleiben, daß keinerlei Konzessionen weder an Deutschland noch an Sowjetrußland gemacht würden. Frankreich werde sich sehr genau an den Inhalt seines Memorandums halten, was immer auch auf der Konferenz sich ereignen möge. Wir werden ohne Verzug mit unseren Alliierten die durch die deutsch-russische Konvention geschaffene neue Tatsache zu prüfen und daraus alle Konsequenzen zu ziehen haben, sowohl, was den Respekt des Friedensvertrages anbelangt als auch was die Zukunft Europas und die Erhaltung des Friedens verlangt. Die Alliierten befinden sich gegenwärtig einem der größten Probleme gegenüber, das seit dem Waffenstillstand gestellt wurde.

Offen wir — so schloß Poincaré — daß sie es im Einverständnis und mit Unterstützung der großen Gedanken, für die sie gekämpft haben, also für Recht, Freiheit und Zivilisation lösen können. Frankreich, das die Gefahren von morgen klar erkennt, wird versuchen, seine Alliierten davon zu überzeugen, daß die beste Art, die Gefahr zu bestehen, die ist, Vertrauen in Frankreich zu haben und niemals durch Schwäche auf einen Einschüchterungsvertrag zu antworten. Was uns betrifft, sind wir auf alle Fälle entschlossen, das festzuhalten, was uns ein Vertrag gegeben hat, den unsere Helden mit ihrem Blut bezahlt haben.

Zum Schluß appellierte Poincaré an die Einigkeit der Franzosen.

„Zwei Jahre Kompromisse“

Ströbel über die rechtssozialistische Politik

Im Firn-Verlag ist neben die zweite Auflage von Ströbels Buch „Die deutsche Revolution“ erschienen. Die erste Auflage kam kurz nach den letzten Reichstagswahlen heraus. In der zweiten Auflage bildet ein Schlusskapitel die Entwicklung der beiden letzten Jahre. Die Politik seiner eigenen Partei würdigt Ströbel in einem besonderen Abschnitt dieses Kapitels unter dem bezeichnenden Titel „Zwei Jahre Kompromisse“. Er kommt dabei zu Resultaten, von denen man nur wünschen könnte, daß sie Allgemeingut der ganzen rechtssozialistischen Partei wären. Jedenfalls wäre dann die Wiedervereinigung des sozialistischen Proletariats in greifbare Nähe gerückt. Deshalb möchten wir Ströbels Darlegungen die größte Beachtung in den Mitgliederkreisen seiner Partei wünschen. Da aber die rechtssozialistische Presse ihre Verbreitung kaum übernehmen dürfte, möchten wir sie der weiteren Öffentlichkeit zur Kenntnis bringen.

Ströbel stellt zunächst fest, daß „mit dem Augenblick, wo die von Roslau gelegten Minen die Massenpartei der Linken, die USPD, auseinanderzusprengen begannen“, für die rechtssozialistische Partei „die Mitte 1920 so drohende Gefahr, von der radikalen Richtung überflügelt zu werden, verschwand“ und „daß die Sozialdemokratische Partei seit Ende des Jahres 1920 das an die Unabhängigen verlorene Terrain zurückzuerobern vermochte“, so daß sie Ende 1921 wieder auf rund einundneunzigtausend Mitglieder angewachsen war. Und nun fährt Ströbel fort:

„So verkörperte die Sozialdemokratische Partei noch immer eine gewaltige Macht. Aber getreu ihrer ganzen Haltung seit dem 9. November suchte sie diese politische und soziale Macht nicht für vorwiegend sozialistische Politik einzuziehen, sondern in einer Politik der Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien und den kapitalistischen Wirtschaftsmächten zugunsten einer möglichst ungehinderten demokratischen Entwicklung auszuwerten. Sie konnte sich zur Rechtfertigung dieser Taktik darauf berufen, daß ja in einem Übergangsstadium zwischen kapitalistischer und sozialistischer Gesellschaft, wo keine der miteinander ringenden ebenbürtigen Mächte der rücksichtslosen Machtausübung fähig sei, die gegenseitige Rücksichtnahme und Verständigung auf der mittleren Linie, also das Kompromiß, den einzig gangbaren Weg darstelle. Aber so wenig sich verunsichtigterweise gegen eine zeitweilige Kompromißpolitik an sich einwenden läßt, so schwere Bedenken sind gegen ihre praktische Handhabung durch die SPD. zu erheben. Denn in Wirklichkeit verstand die Sozialdemokratische Partei die proletarischen Forderungen bei weitem nicht mit der gleichen Energie und Geschicklichkeit durchzusetzen, womit die bürgerlichen Parteien die kapitalistischen Interessen wahrzunehmen wußten. Sobald es am Verhandlungstische zum letzten Entscheid kam, blieben die politischen Sachwalter des Besitzes jedesmal die Triumphierenden, während sich die Vertreter der Sozialdemokratie trotz aller vorherigen Aufwandes von agitatorischen Kraftworten den Bedingungen der kapitalistischen Klassen unterwarfen.“

Nachdem Ströbel dann die Treibereien der militaristischen Reaktionen, die Ermordung Gareis und Erzberger und die dadurch hervorgerufenen Abwehraktionen geschildert hat, zitiert er aus der Eröffnungsrede Hermann Müllers auf dem Württlinger Parteitag einige Stellen, wonach von Bayern ein neuer Militärputsch drohe, so daß „der kommende Winter uns in ständiger Alarmbereitschaft finden müsse“. Ströbel sagt dann weiter:

„Seitdem ist zwar durch neue Ereignisse, durch abermalige Aufrollung des Reparationsproblems, durch die Steuerdebatten und anderes mehr die Aufmerksamkeit von diesen Dingen abgezogen worden, aber an den inneren Zuständen und Spannungen hat sich inzwischen absolut nichts geändert! Es sei denn, daß man die Ausbuchtung der großkapitalistischen schwerindustriellen Deutschen Volkspartei mit der Republik als das beste Mittel betrachtet, um die konterrevolutionären Bestrebungen unschädlich zu machen. Darauf läuft denn auch die ganze Strategie der ausschlagentenden Führerkreise der SPD. hinaus.“

Als am 31. August eine halbe Million Proletarier unter einem Mefenwalde von roten und schwarzrotdorbenen Fahnen im Berliner Lustgarten den Kampf gegen die reaktionäre Nordhülerei gelobte, entflammte

alle Gemüter der Gedanke, daß es jetzt mit dem elenden Parteigezänk innerhalb des Sozialismus zu Ende sei und daß die ganze deutsche Arbeiterklasse sich einmütig zur Rettung der Republik und der Revolution zusammenschließen würde. Von den Kommunisten bis zu den Rechtssozialisten zweifelte kaum jemand daran, daß diese unvergleichliche Kundgebung die Geburtsstunde der sozialistischen Einigung sei. Aber während die breiten Massen in natürlichem Kraftgefühl die proletarische Einheits- und Kampfschlachtfeld für den sichersten Schutz der republikanischen Freiheit hielten, dachten die maßgebenden Führer der Sozialdemokratischen Partei nur daran, wie sie die Regierungskoalition verbreitern und durch Gewinnung der Deutschen Volkspartei die extreme Rechte isolieren könnten. Und unter der geschickten Beeinflussung dieser Elemente nahm dann drei Wochen später der Görlitzer Parteitag der SPD. eine Resolution an, die unter Aufhebung eines entgegengegesetzten Beschlusses des vorjährigen Parteitages der Koalition mit der Deutschen Volkspartei den Weg ebnete. Zwar zählte diese Entschließung als Voraussetzung eines solchen Zusammengehens eine Reihe von Bedingungen auf, wie die „Demokratisierung der Verwaltung“, die „Republikanisierung der Reichswehr“, die „loyale Erfüllung des Friedensdiktats“ und die „weitestgehende Heranziehung des Besitzes“, deren ernsthafteste Realisierung von der Partei des Annexionismus und des Geldfachs unmöglich erwartet werden konnte — aber diese Bedingungen waren ja auch nur dekoratives Blendwerk. Denn als es wenige Wochen später in Preußen wirklich zu der „großen Koalition“, zur gemeinsamen Kabinettsbildung mit Einbeziehung der Deutschen Volkspartei kam, war von einer programmatischen Erklärung der Deutschen Volkspartei nach der Richtschnur der Görlitzer Resolution gar keine Rede mehr! Und wenn nicht besondere politische Zwischenfälle eintreten, wird die Deutsche Volkspartei in absehbarer Zeit auch in die Reichsregierung aufgenommen werden. Der derzeitige Reichskanzler Wirth wirkt unermüdlich für die Koalitionsverbreiterung, und die Sozialdemokratische Partei wird ihr keinen allzu ernsten Widerstand entgegenzusetzen.“

Nunmehr zählt Ströbel die bekannten Rechtfertigungsgründe für die Koalition „mit den schärfsten kapitalistischen Gegnern“ auf und nimmt in folgender Weise zu ihnen Stellung:

„Diese Argumentation klingt bestechend, aber sie ist dennoch nicht richtig. So notwendig eine sozialistische Koalition mit bürgerlichen Parteien sein kann — sie verliert jeden Sinn und Wert für das Proletariat, sobald sich die sozialistischen Minister einer kompakten bürgerlichen Mehrheit gegenübergestellt sehen, die beharrlich nur ihren Willen durchsetzt. Die Koalition mit einer reaktionären Majorität bringt dann nicht nur keinen Ertrag für den Sozialismus, sondern sie schädigt den Sozialismus sogar dadurch, daß sie ihn mit der Verantwortung für eine verfehlte, unsoziale, antiproletarische Politik belastet. Ein solcher Zustand läßt dann die proletarischen Kräfte, statt sie zu entzünden, sie raubt der sozialistischen Regierungspartei ihre Schwungkraft und Energie, entfremdet ihr mehr und mehr die Massen und treibt die andern sozialistischen Parteien in die schärfste Kampfstellung ihr gegenüber. An die Stelle des Kampfes gegen die gemeinsamen Gegner, die Bourgeoisie, tritt dann die vergiftete gegenseitige Bekämpfung der proletarischen Gruppen.“

Schon über das Verhalten der SPD. bis zum Stapp-Putsch fällten wir das Urteil, daß es viel zu sehr auf das Zusammengehen und Kompromissieren mit den bürgerlichen Parteien eingestimmt gewesen sei und viel zu wenig proletarisches Kraftgefühl und Klassenbewußtsein verraten habe. Und die Taktik der Sozialdemokratischen Partei in den seitdem verstrichenen zwei Jahren verdient leider kein günstigeres Urteil. War sie doch gar zu auffällig von der Angst beherrscht, durch einen Verzicht auf das Mitregieren politisch „ausgeschaltet“ zu werden. Nach der ihr zugrunde liegenden Vorstellung war der Besitz einiger Ministerposten „Macht“, ihre Preisgabe absolute Ohnmacht. Als ob nicht die österreichische Sozialdemokratie seit zwei Jahren bewiesen hätte, daß eine starke, einigte und rührige Sozialdemokratie als Oppositionspartei unzweifelhaften Einfluß auf die politische Geschichte auszuüben vermag. Nun hat es zwar auch die Deutsche Sozialdemokratie vorübergehend riskiert, den bürgerlichen Parteien das Regieren zu überlassen: im Reich der Regierung Bethenbach und in Preußen dem Kabinett Stegerwald. Aber wenn ihr diese ministerlose Zeit auch zur einflusslosen Zeit wurde, so lag das nur daran, daß die SPD. trotzdem keine entschieden sozialistische Politik trieb, die die Situation nicht zur Verständigung mit der USP. benutzte, sondern in der alten schwächlichen, unselbständigen Kompromisserei verharrte, der sie als Regierungspartei verfallen war.“

In einem Schlussartikel werden wir Ströbels Charakterisierung der Politik seiner Partei fortsetzen. Mögen unsere Parteigenossen dafür sorgen, daß sie zur Grundlage einer sachlichen Diskussion mit den Arbeitern im rechtssozialistischen Lager wird, dann werden die Anschauungen geklärt und manche Hindernisse fortgeräumt, die der Wiedervereinigung des sozialistischen Proletariats noch im Wege stehen.

Amerikanisches Einwanderungsgesetz. Nach einer Meldung des New York Herald aus Washington hat der Senat den Entwurf des Einwanderungsgesetzes dahin abgeändert, daß Einwanderer aus den Grenzstaaten Rußlands fünf Jahre dort gelebt haben müssen, bevor sie um Zulassung nach Amerika einkommen können. Der Zweck der Abänderung ist, der Einschmuggelung von Einwanderern durch die Nachbarländer der genannten Staaten ein Ende zu machen.

Kohlenwucher

Neue Millionengewinne für die Zechenbesitzer

Den Grubenbaronen ist abermals großes Heil widerfahren. Nachdem ihnen erst vor kurzem durch die am 28. Februar beschlossene Kohlenpreiserhöhung Hunderte von Millionen in den Schoß geworfen worden waren, hat der Reichskohlenrat nunmehr mit Wirkung vom 20. April abermals eine ganz beträchtliche Steigerung der Kohlenpreise beschlossen. Und zwar wurde im Ruhrgebiet der Preis der Fettsörderkohle um 130,80 Mk. je Tonne ohne Steuer (mit Steuer und Abzugswert um 194,22 Mk. je Tonne) erhöht, in Niederschlesien um durchschnittlich 215,90 Mark, in Sachsen um durchschnittlich 227,00 Mark, in Niedersachsen um durchschnittlich 205,90 Mk. Gleichzeitig wurden Preiserhöhungen festgesetzt für Rheinische Braunkohlenbriketts um 67,50 Mk. je Tonne, für Rheinische Braunkohle um 22,50 Mk. je Tonne, für Mitteldeutsche und Ostelbische Braunkohlen um 36 Mk. je Tonne, für Mitteldeutsche und Ostelbische Braunkohlenbriketts um 120,00 Mk. je Tonne. Diese Erhöhungen übertreffen jene im Februar um ein wesentliches.

Wie im Februar wird auch diesmal die Erhöhung der Kohlenpreise mit einem den Bergleuten gewährten Lohnzuschlag zu rechtfertigen gesucht. In der Tat ist den Bergarbeitern im Ruhrgebiet eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 40 Mark zugehanden worden. Aber es ist durchaus falsch, daß dieser Lohnzuschlag die Erhöhung der Kohlenpreise rechtfertigt. Daran ändern auch die gegenteiligen Behauptungen schreibfertiger Journalisten nichts, die, um die Desfensivität zu täuschen, von der berechtigten Forderung der Bergarbeiter nach höheren Löhnen auch die Berechtigung des neuen Kohlenwuchers abzuleiten versuchen. Denn die neuen Kohlenpreise stehen in keinem Verhältnis zu den erhöhten Schichtlöhnen der Bergarbeiter. Die durchschnittliche Förderleistung der Bergarbeiter im Ruhrgebiet beträgt 0,590 Tonnen pro Schicht; demnach wird durch die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne die Ruhrkohle um rund 60 Mark je Tonne verteuert. Rechnet man hinzu die sozialen Kosten mit etwa 11 Mark, so verbleibt den Zechenbesitzern aus der neuen Kohlenpreiserhöhung eine neue Mehreinnahme von 50 Mark je Tonne.

Aber nicht genug damit: auf den Halden liegen alte Kohlenbestände, die im Ruhrgebiet allein über eine Million Tonnen betragen. Das bedeutet, daß den Zechenbesitzern aus dem Verkauf der alten Bestände, für die sie noch die niedrigeren Löhne zahlten, ein weiterer Extraprofit von ungezählten Millionen gesichert wird. Das Reichskohlenamt hat aber keinen Anstoß genommen, diesem grenzenlosen Wucher seine Zustimmung zu erteilen. Es wäre gut, wenn die Vertreter des Bergarbeiterverbandes, die ebenfalls im Reichskohlenrat vertreten sind, sich zu dieser Frage äußerten, auf daß nicht der Anschein erweckt wird, als ob die Kohlenpreiserhöhung in dem neuen Umfang ihre Zustimmung gefunden hat.

Eine solche Ausrufung wäre auch deshalb notwendig, weil die Steigerung der Kohlenpreise naturgemäß eine allgemeine Preissteigerung nach sich ziehen wird, ganz abgesehen von der Verteuerung des Hausbrandes, durch die namentlich die breiten Schichten des Volkes schwer betroffen werden. Der rheinisch-westfälische Zementverband hat unter Hinweis auf die gesteigerten Kohlenpreise den Zementpreis bereits um 1000 Mark pro 1000 Kilogramm erhöht. Und im Eisenwirtschaftsbund beschäftigte man sich aus dem gleichen Grunde ebenfalls schon mit der Festlegung neuer höherer Eisenpreise. Natürlich werden auch andere Industriezweige betroffen, und die notwendige Folge des Kohlenwuchers wird eine allgemeine Preissteigerung sein. Die Teuerungswelle wird nicht abebben, sondern eine Steigerung erfahren. Der Segen der Stinnes, Thyssen und Konsorten bedeutet größeres Elend und weitere Verarmung der Massen.

Sozialistische Mehrheit in Schaumburg-Lippe

Am Sonntag wurden die Wahlen zum Schaumburg-Lippeschen Landtag vorgenommen. Insgesamt wurden 2400 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die sozialistischen Parteien 12349 und auf die bürgerlichen 11952. Die Einzelergebnisse stellen sich wie folgt dar: Mehrheitssozialisten 10783, Unabhängige Sozialisten 1566, Deutsche Volkspartei 3545, Deutschnationale Volkspartei 2506, Wirtschaftsvereinigung 396, Parteiloze 545, Landbund 1857, Handwerkerbund 1771, Demokraten 1092, Nationalsozialistische Vereinigung 140. Das bisherige Stärkerverhältnis im Landtage bleibt bestehen. Die Sozialisten behielten 8 Sitze (7 Rechtssozialisten und 1 Unabhängiger) und die Bürgerlichen müssen sich mit 7 Sitzen begnügen. Die Rechtssozialisten haben einen kleinen Stimmenabgang zu verzeichnen, wohingegen die Stimmenzahl der U. S. P. D. eine Steigerung erfahren hat, die auch im Gewinn eines Mandates zum Ausdruck kommt. Im übrigen zeigt diese Wahl, genau wie in Braunschweig, daß die sogenannte nationale Welle stark im Abebben begriffen ist. Noch am Tage der Wahl hatte die „Arenzzeitung“ zuversichtlich bemerkt, daß durch den Wahlausgang der rote Terror gebrochen werden würde. —

Kleinfiedlung und Nahrungsmittelnot

Daß die Kleinfiedlung die Nahrungsmittelnot verschärft, erkennen immer mehr Rechtssozialisten an. So schreibt August Freundthal in der „Freien Presse“ in Oberfeld (Nr. 92 vom 20. April) in einem Artikel zur Kartoffelverjorgung:

„Neben andern Gründen ist zweifellos die unverhältnismäßig starke Zunahme der Schweinezucht durch Kleinfiedler mit eine Ursache des Steigens der Kartoffelpreise. Innerhalb noch nicht eines Jahres haben die meisten Kleinfiedler je zwei bis vier Schweine schlachtreif gemäht. Welche ungeheuren Mengen von Milch, Wehl und besonders Kartoffeln durch diese Zunahme der Schweinehaltung für die menschliche Ernährung verloren gehen, läßt sich auch nicht entfernt abschätzen, da nicht die Hälfte des Viehes durch Jählungen erfasst wird. Wenn der Kleinfiedler in der Lage wäre, die für seine Familie und die Aufzucht der Schweine erforderlichen Nahrungsmittelmengen selbst zu erzeugen — was nicht einmal bei einem Morgen Land und der Mitarbeit der Familie möglich ist, auch wenn sie nur vier Köpfe zählt —, könnte man eine Vermehrung der Gesamtmenge der Lebensmittel erwarten. Aber das Gegenteil ist der Fall, denn neben dem

einen oder den zwei Schweinen hält er gewöhnlich auch noch ein bis zwei Ziegen und Hühner. Die Kleinfiedlung wirkt unter diesen Umständen belastend auf die Lebensmittelproduktion ein. Obwohl nun rückwirkend auch die Kartoffelverjorgung die Kleinschweinezucht einschränkt, da die Schweine selbst und die Futtermittel innerhalb dreiviertel Jahren ihre Preise verdreifacht und vervierfacht haben, so ist das Unglück schon geschehen. Die Reserven an zurückgehaltenen Kartoffeln sind infolge der Nachfrage als Futtermittel nicht mehr groß genug, um die Erzeuger zu zwingen, nun schnell vom Ueberfluß an die Verbraucher abzugeben. Sie halten zurück und die Preise steigen noch immer.“

Die Rechtssozialisten haben mit ihrer Schwärmererei für die Kleinfiedlung den Nahrungsmittelhammer noch vermehrt.

Eine Ausweisung wegen Beleidigung Eberts

Oftentlich rühmen manche Regierungsmänner, daß Deutschland die „freieste Republik der Welt“ sei. In der kurzen Zeit ihres Bestehens aber ist reichlich mit Standrecht, Belagerungszustand und Pressezensur gearbeitet worden, und Beleidigungen des Reichspräsidenten werden bestraft, ganz wie in der wilhelminischen Zeit, wo der Majestätsbeleidigungsparagraph recht häufig angewandt wurde. Neuerdings ist man noch einen Schritt weiter gegangen. Ein österreichischer Staatsangehöriger, Rudolf Seidler, ist nicht nur wegen Beleidigung Eberts bestraft, sondern auch wegen dieses schweren Verbrechens ausgewiesen worden. Der amtliche Preussische Pressedienst bestätigt, daß Seidler aus Preußen ausgewiesen worden ist. Die Ausweisung wäre erfolgt, weil Seidler wegen Beleidigung des Reichspräsidenten zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden wäre. Er hätte in einer öffentlichen Versammlung in Stendal von dem Reichspräsidenten u. a. als von dem „Kaisermörder“ gesprochen. Diese schwere öffentliche Beleidigung des Reichsoberhauptes stellte einen großen Mißbrauch des Wahlrechts dar, so daß Seidler, wie der amtliche Pressedienst sagt, im Inlande nicht weiter hätte geduldet werden können.

Die Ausweisung über Ebert ist gewiß geschmacklos, aber deshalb eine Ausweisung vorzunehmen, ist ein Vorgehen, das nur geeignet ist, uns in der ganzen Welt lächerlich zu machen. Hat man denn in den preussischen Amtsstuben gar kein Empfinden dafür, wie sehr man die „freieste aller Republiken“ damit bloßstellt? Der preussische Ministerpräsident und der Innenminister sind gute Freunde Eberts, doch das ist noch lange kein Grund, einem Kurs zuzuhelfen, wie er früher im Zaren-Rußland üblich war.

Holzarbeiter-Aussperrung in Hamburg

Der Arbeiterberufsgewerksverband der Holzindustrie in Hamburg und den Nachbarstädten beschloß einstimmig, von Mittwoch ab sämtliche Holzarbeiter auszusperrn, da der Holzarbeiterverband den Streik ausgedünnet habe, ohne daß alle Verbände „Inhalts- und Erhaltungsmöglichkeiten“ erschöpft gewesen seien.

Der König kommt

Der Kongress beschäftigt sich mit Notizen, aber er bringt kein harmonisches Konzert zustande. Inzwischen vertreibt man sich die Zeit mit Fests, zu denen die Anwesenheit Viktor Emanuels den Anlaß bietet. Der König empfing auf einem Panzerschiff, und selbstverständlich gab es das ganze militärische Brimborium, das zu diesen „Fests“ gehört. Auch die Russen haben ihrem bolschewistischen Herzen einen Stoß gegeben, den Grad angezogen und an dem Bankett des Königs teilgenommen. Wie die „Vossische Zeitung“ meldet, waren sie der Mittelpunkt des Interesses, und Lichtsicherin mußte die Zeit damit verbringen, den Damen der Gesellschaft seinen Namenszug auf eine Karte oder einen Fächer zu schreiben. Es ist vielleicht ganz angebracht, bei dieser Gelegenheit ein Gedicht wiederzugeben, das Hoffmann von Fallersleben 1840 über den Wiener Kongress verfaßt hat. Der Wiener Kongress hatte bekanntlich die Aufgabe, die durch die Revolutionskriege in Verwirrung geratene Welt wieder in Ordnung zu bringen, eine Aufgabe, die er im Trübel der Vergnügungen leider nur beiläufig und unvollkommen erledigen konnte. Damals sagte man: „Der Kongress tanzt, aber er kommt nicht vom Fied.“ Nun, inzwischen sind wir ja hundert Jahre weitergekommen.

Neu-Ne Beschreibung des Wiener Kongresses.

Was sie jeden Tag vollbrachten,
Ob sie scherzten, ob sie lachten,
Wird genau erzählt;
Wie sie stunden, wie sie sahen,
Daß sie tranken, daß sie aßen,
Wird auch nicht verhehlt.

Wann sie hin zu Balle gingen,
Wann sie an zu tanzen gingen,
Wird genau erzählt;
Ob das Schauspiel sie zerstreute,
Ob sie das Ballett erkante,
Wird auch nicht verhehlt.

Wie sie glänzend bankettierten,
Wie sie ritterlich turnierten,
Wird genau erzählt!
Ob sie große Deerschau hielten,
Oder Schach und Dame spielten,
Wird auch nicht verhehlt.

Ob sie ritten, ob sie fuhren,
Ob im Frack, ob in Monturen,
Wird genau erzählt;
Wie sie sich der Menge zeigten,
Wie sie gnädig sich verneigten,
Wird auch nicht verhehlt.

Doch ihr sonstig Thun und Rathen —
Was sie für die Völker thaten,
Wird genau verhehlt;
Ob sie sonst was Gutes dachten,
Ueberhaupt was Gutes machten,
Wird auch nie erzählt.
Hoffmann von Fallersleben

Das Problem der Arbeitslosigkeit

Sonderbericht des „Fintel“.

Genua, 24. April.

Der deutsche Vertreter der Wirtschaftskommission, der Ernährungsminister Schmidt, hat der Wirtschaftskommission ein Exposé überreicht, das Maßnahmen zum Schutze der Arbeitszeit und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorschlägt. Schmidt beantragt, von dem Internationalen Arbeitsamt Material über den Stand der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Ländern und den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und dem Weltmarktproblem einzuholen. Die Vorschläge Schmidt beschäftigen sich weiter mit der Möglichkeit, die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Ländern durch Vergabe von Rost- und Eisarbeiten zu mildern und weisen auf die Notwendigkeit hin, in der gegenwärtigen Krise die Hand- und Kopfarbeiter besonders zu unterstützen, was besonders durch einen gesetzlichen Schutz der Arbeitszeit erreicht werden könnte.

Fort mit den Handelsbeschränkungen

Sonderbericht des „Fintel“.

Genua, 24. April.

Die Unterkommission der Wirtschaftskommission, die unter dem Vorsitz Colrats heute zusammentrat, befaßte sich zunächst mit dem Protokoll der Sitzung des Exportenkomitees vom 21. April. In dem Protokoll wird dargelegt, daß 1. die Exporten sich nicht als kompetent betrachten, die Frage zu entscheiden, ob die ihnen zur Beratung vorgelegte Resolution in der Form eines Übereinkommens oder einer Empfehlung anzunehmen sei. 2. die von dem deutschen Experten Staatssekretär Dr. Hirsch angeregte Frage der Reichsbegünstigung über die zu behandelnde Frage der Ein- und Ausfuhrverbote hinausgreife und daher der Kommission selbst zur Erledigung überlassen werden müsse. Das gleiche Verfahren wird in der von Italien angeführten Frage der Dumpings vorgeschlagen.

An Stelle der Artikel 46-49 des Londoner Memorandums stellten die Experten folgende Richtlinien auf:

1. Trotz der Bedeutung, die aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen gewisse Staaten im Hinblick auf ihre außergewöhnliche Lage der Beschränkung von Ein- und Ausfuhr noch beilegen müssen, bezieht Ueber-einstimmung darüber, daß diese Maßnahmen gegenwärtig eines der schwersten Hindernisse für den internationalen Handel bedeuten. Deshalb ist es wünschenswert, daß keine Bemühungen gespart werden, um diese Einschränkung sobald als möglich weitgehend zu reduzieren.
2. Ausnahmen hiervon sollen mit Rücksicht auf die Notwendigkeit einzelner Staaten vorbehalten sein, besondere nationale Interessen, sowie die öffentliche Gesundheit, Sittlichkeit und Sicherheit zu gewährleisten. Auf jeden Fall sollen aber die Kaufleute in die Lage gesetzt werden, so leicht wie möglich die Bedingungen zu erfahren, unter denen sie Lizenzen erhalten können.

Nachdem in der Debatte sowohl der italienische wie der englische Vertreter sich für die Annahme dieser Vorschläge der Experten ausgesprochen hatten, stimmte ihnen die Unterkommission einstimmig zu, wobei die Frage offenlassen wurde, ob diese Vorschläge in Form einer Konvention oder nur als Anregung angenommen werden sollten.

Ministerrat über Genua

Berlin, 24. April.

Heute fand unter Vorsitz des Reichspräsidenten ein Ministerrat statt, der den Bericht des von der deutschen Delegation nach Berlin entsandten Staatssekretärs im Auswärtigen Amt v. Simson entgegennahm. Staatssekretär v. Simson verläßt morgen Berlin, um wieder nach Genua zurückzukehren.

Konferenzschluß am 2. Mai?

Nach einer Meldung des Sonderberichterstatters der „Vossischen Zeitung“ aus Genua, soll die Konferenz am 2. Mai geschlossen werden, da Lloyd George Wert darauf legt, an dem Besuch des englischen Königs paares in Belgien teilzunehmen. Nach der gleichen Quelle wird Poincaré an der feierlichen Schlußsitzung teilnehmen.

Die Konferenz der Notenbanken

(D.A.) Paris, 24. April.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, soll die Konferenz der Notenbanken noch im Laufe des Monats Mai in Paris zusammentreten. Die amerikanische öffentliche Meinung verhält sich übrigens zu der Einladung an die Federal Reserve Bank, an dieser Konferenz teilzunehmen, recht zurückhaltend. Die „New York Times“ meinen, eine Beteiligung des amerikanischen Instituts dürfe nur dann erfolgen, wenn die Ziele dieser Konferenz vollständig klargestellt seien. Auch das „Journal of Commerce“ gibt der Befürchtung Ausdruck, daß die Bankkonferenz nicht umhin könne, auch politische Fragen aufzuwerfen, weshalb eine Beteiligung Amerikas nur sehr bedingt wünschenswert sei.

Der Dollar 254

Die Besserung der Mark, die sich seit einigen Wochen bemerkbar macht, hat ihre Ursache nicht in einer Stärkung des deutschen Wirtschaftslebens, sondern vom Ausland, besonders von Amerika, ihren Ausgang genommen. Damit ist eigentlich schon gesagt, daß zu optimistischen Prophezeiungen die Zeit noch nicht gekommen ist. Denn es ist natürlich klar, daß eine kleine Schwankung in New York bei der Spannung der beiden Währungen sich an der Berliner Börse sofort sehr deutlich bemerkbar macht. — Trotzdem darf festgestellt werden, daß die internationalen Kapitalisten zwar nichts Entscheidendes von Genua erwarten, aber doch der Ueberzeugung sind, daß der Gedanke einer deutschen Anleihe Boden zu gewinnen beginnt.

Die Steigerung der deutschen Reichsanleihe und der preussischen Konsuls erklärt sich aus ähnlichen Gründen. Diese Papiere wurden schon im Frieden an den aus-

ländischen Börsen notiert, sie sind also den fremden Käufern bekannt, die sie infolgedessen lieber kaufen als andere Papiere. Diese Kauflust ist soweit gegangen, daß die dreiprozentige Reichsanleihe zurzeit sogar zu 145 gefragt wird.

Einen bedeutenden Einfluß auf die Markbesserung haben auch die Käufe der Ausländer, die nach Deutschland zu reisen beabsichtigen. Allein die Zahl der Amerikaner, die Pässe nach Deutschland verlangt haben, wird auf Zweihunderttausend angegeben, und es ist klar, daß diese Nachfragen nicht ohne Wirkung auf die Mark bleiben.

Angestellte! Beamte! Arbeiter!

Der Weltfeiertag des Proletariats rückt heran! Indem wir nochmals auf unseren Aufruf vom 19. März verweisen, wonach weitere Maßnahmen bekanntgegeben werden sollten, teilen wir der Arbeitnehmerschaft Groß-Berlins mit, daß die Demonstrationen am

Montag, den 1. Mai, vormittags 11 Uhr

im Lustgarten an dem dem Schlossplatz stattfindet.

Die ganze Domtreppe muß für die Musik und den Sprechchor bis zur Hasenfläche freigehalten werden, ebenso die Museumstreppe für den Arbeiter-Sängerbund. Ferner muß für die Kinder und die Jugendorganisationen die Schlossseite nach dem Lustgarten freigehalten werden.

Die Aufrechterhaltung der Ordnung obliegt dem Kollegen Hildesheim. Allen Anordnungen der Ordner im Lustgarten und auf dem Schlossplatz muß unbedingt von allen Teilnehmern Folge geleistet werden.

Pünktlich 11 Uhr beginnt die Feier mit einem Musikstück und vom Deutschen Musiker-Verband gestellten Orchester von 200 Personen. Nachdem werden von 2000 dem Arbeiter-Sängerbund angehörenden Sängern zwei Pieder gesungen. Hiernach sprechen die Redner 20 Minuten, worauf der Sprechchor eintritt. Nach dessen Beendigung wird „Die Internationale“ von Musik, Sängern und Teilnehmern als Abschlus der Feier gesungen.

Die Ordner treffen sich spätestens um 1/10 Uhr in der Breite Straße 8/9 auf dem Hofe des „Freiheit“-Gebäudes, die Redner 1/11 Uhr ebenfalls dort. Die Bekanntgabe dieser erfolgt Ende der Woche.

Die einzelnen Gewerkschaften und alle übrigen Organisationen, falls sie geschlossen zum Festplatz kommen, haben bis zu diesem ihre Züge selbst durch Ordner zu regulieren.

Es wird gebeten, alle Fahnen, die im Besitze der teilnehmenden Organisationen sich befinden, mitzubringen. Außerdem richten wir nochmals die dringende Bitte an die an- und abmarschierenden Züge, die Bannmeile zu umgehen.

Für die östlichen Vororte werden in Cöpenick und Friedrichshagen sowie für Riederschneweide im Apfthausen gesonderte Marschierabteilungen.

MA-Bund, Ostkariell Groß-Berlin.

Platan, Rogau.

Der Aufruf der Gewerkschaftskommission Berlins

und Umgebung.

Sabath, Volkmarhaus.

Sozialisierungskommission und Stabilisierung der Mark

In einem Gutachten der Sozialisierungs-Kommission, das von Hartmann, Silberding, Kantsky, Federer, Viedemann, Luppe und Freger unterzeichnet ist, wird die Stabilisierung der Mark behandelt. Nach einer Erläuterung der allgemein bekannten Ursachen des Währungssturzes und der daraus resultierenden Spekulation von gewaltigem Umfang, weist das Gutachten darauf hin, daß die deutsche Wirtschaft außerstande ist, die Kosten der Reparation und die inneren Kosten aus den laufenden Verträgen aufzubringen. Als vorläufiges Ziel könne deshalb nur die Währungsreform in Frage kommen. Weder die Goldrechnungswährung noch Betriebskredite bedeuten eine Abhilfe. Voraussetzungen für die Stabilisierung der Mark sind eine geordnete Zahlungsbilanz und ausreichende Mengen von Gold (Golddevisen, auswärtige Kredite usw.)

Nach dem Gutachten ist die Durchführung dieser Vorschläge zur Stabilisierung der Mark in folgender Weise gedacht:

Produktion und Konsum sind durch Erweiterung der Produktion in Einklang zu bringen.

Der Reichshaushalt ist ohne Notenausgabe, durch Steuern und, soweit erforderlich, durch langfristige innere Anleihen, zu balancieren. Um den Schwierigkeiten zu begegnen, die einer Balancierung des Reichshaushaltes durch die fortschreitende Geldentwertung drohen, muß mit der Steuerreform eine Währungsreform Hand in Hand gehen.

Die Reparationszahlungen (Geld- und Sachleistungen) müssen für die nächsten fünf Jahre erleichtert werden. Und die in den nächsten fünf Jahren zu leistenden Barzahlungen werden durch eine internationale Anleihe aufgebracht, die zu verzinnt Deutschland sich verpflichtet.

Zu diesem Gutachten sind von anderen Mitgliedern der Sozialisierungskommission Zulage gemacht worden, die zum Teil eine wesentliche Abweichung bedeuten.

Täglich neue Schande

Die deutsche Republik ist auf dem besten Wege, um den letzten Rest ihres Ansehens zu bringen. Wir haben erst dieser Tage auf den Fall des Italiener Soldrini hingewiesen, der in Düsseldorf unter der heillosen Beschuldigung der Teilnahme an einem Bombenanschlag in Mailand verhaftet war und den an Italien auszuliefern, eine gewisse Geneigtheit bei dem sogenannten demokratischen Lande der Welt besetzt. Aber die bisherige Häßlichkeit genügt anscheinend unseren Behörden noch nicht; denn am 20. April wurde unter der gleichen sinnlosen Verdächtigung auch der Italiener Frances Geyi in Berlin festgenommen. Auch seine Auslieferung wird von Italien verlangt. Die A-

beiterschaft Deutschlands hat alle Ursache, gegen diese Verurteilung zur Aufhebung des Anspruchs mit aller Energie aufzutreten.

Wegen Spionage verurteilt

Vier Jahre Zuchthaus für versuchten Landesverrat

Vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts hatte sich, wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, der Telepath Riccardo Jagodzinski aus Berlin zu verantworten, der unter dem Namen Kudr Andrej als Gedankenleser bekannt war und weitreichende Beziehungen in allen Hauptstädten besaß. Nach dem Eröffnungsbeschluss wurde Jagodzinski beschuldigt, als Deutscher, und zwar zum Teil als Soldat, während des Krieges einer feindlichen Macht Vorschub geleistet und der Kriegsmacht des Deutschen Reiches dadurch Nachteile zugefügt zu haben, daß er durch Erkundung militärischer Nachrichten und ihre Weitergabe an den Mittelsmann in Kopenhagen dem Feinde als Spion diene. Zum Termin waren Major Oeyer vom Reichswehrministerium und der Psychiater Professor Dr. Kodel als Sachverständige geladen. Der Vorsitzende wies bei Beginn der Verhandlung den Angeklagten darauf hin, daß er in Erweiterung der Anklage des Oberrechtsanwalts wegen schweren Kriegsverrats mit dem Tode bestraft werden könne.

Der Angeklagte, der geständig war, wurde unter Anrechnung einer einjährigen Untersuchungshaft zu vier Jahren Zuchthaus wegen versuchten Landesverrats verurteilt.

Dieser Prozeß ergänzt würdig das Bild, das die deutsche Justiz der Welt bietet. Anstatt sich mit den militärischen Mördern, die sich der goldenen Freiheit erfreuen, zu beschäftigen, framt das Reichsgericht alte Affären aus, wenn es nicht gerade Arbeiter zu verurteilen hat. Das Kaiserreich, dem durch Verrat militärischer Geheimnisse Schaden zugefügt sein soll, existiert nicht mehr, der Krieg ist vorüber — macht nichts: das höchste Gericht der Republik verurteilt.

Wir verlangen die sofortige Begnadigung aller wegen Kriegsverbrechen immer noch Eingesperrten. Darüber hinaus muß schleunigst ein Gesetz geschaffen werden, das die Fortführung derartiger Prozesse endlich unmöglich macht.

Kleinbauern für eine geregelte Ernährungswirtschaft

Ein überaus wichtiger Beschluß ist vom Gesamtvorstand des Kleinbauernverbandes Oldenburgs gefaßt worden. In seiner letzten Sitzung hat er nach einem Vortrage des Ministerpräsidenten Tanzen bei Brotgetreide- und Kartoffelumlage einstimmig nachstehender Resolution zugestimmt:

„Die Vertreter von über 11 000 kleinbäuerlichen Betrieben aus Oldenburg-Ostfriesland erklären sich bereit, im Interesse der Volksernährung und des sozialen Friedens an der Beibehaltung einer Brotgetreide- und Kartoffelumlage gegen Erhaltung der Erzeugerkosten festzuhalten. Die Wehrheit der Kleinbauern wird stets bereit sein, auch ihren Teil an der Steuer zum sozialen Frieden zu tragen. Dem Reichslandbund und seinen Führern sprechen wir das Recht ab, Erklärungen zur Umlage, welche aus politischen Gründen erfolgen, im Namen der gesamten Landwirtschaft abzugeben. Von der Wehrheit der nordwestdeutschen Kleinbauern hat der Landbund hierzu weder Mandat noch Auftrag.“

Die Kleinbauern Oldenburgs rücken also ab von den großagrarischen Wucherern. Sie sind für die Getreide- und Kartoffelumlage gegen Erhaltung der Erzeugerkosten. Hoffentlich findet dieses Beispiel in weiteren kleinbürgerlichen Kreisen Nachahmung. Wenn Arbeiterschaft und Kleinbauern in dieser Frage zusammen gehen, kann das Großagrarierium erfolgreich bekämpft werden. Und auch die Regierung ist dann gezwungen, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Die Industriearbeiter sind durchaus dafür, daß die Produkte der Kleinbauern angemessen bezahlt werden. Ebenso muß der Landarbeiter eine menschenwürdige Existenz haben. Dagegen dürfen Großagrarier und Großhändler mit den Lebensmitteln nicht Wucher treiben, denn der trifft nicht nur die Industriearbeiter, die Angestellten und Beamten, sondern direkt und indirekt auch Landarbeiter und Kleinbauern.

Uberschwemmungen in Lettland

(D.G.) Riga, 24. April.

Die Hochwasserkatastrophe bei Dinaburg hat noch nicht ihren Abbruch gefunden; das Wasser steht immer noch 27 Fuß über normal, und schon treffen Meldungen über neue Uberschwemmungen in Lettland im Gebiete der Uvländischen La ein; bei Solmar steht das Wasser der La fünf Meter, bei Wenden 5/6 Meter über normal. Mehrere Brücken sind zerstört worden, Chauffeen und niedrigegelegene Teile verschiedener Dörfer stehen unter Wasser.

Der deutsche Vertreter in Moskau, Geheimrat Viedemann, hat dem stellvertretenden Außenminister Karagan einen Besuch abgelaufen, um mit ihm verschiedene Fragen zu besprechen, die im Zusammenhang mit dem deutsch-russischen Verträge von Rapallo stehen.

Neue indirekte Steuern in Sowjetrußland. Die Zentralsteuerverwaltung hat eine Reihe neuer Steuerentwürfe vorbereitet; außer den bereits vom Rat der Volkskommissare beschlossenen Steuern für Tee, Kaffee, Schokolade und deren Surrogate, sind Steuern für Zucker, Kerzen, Gummi, erzeugnisse, Glas- und Porzellanwaren, Gewebe und Häute geplant.

Rumänische Mandatsverteilung. Die Projekte der Dypostition haben die rumänische Regierung genötigt, 15 Mandate, die von der liberalen Regierungspartei bei den letzten Wahlen in Siebenbürgen „erobert“ wurden, zu kassieren. Neun der Mandate sind der siebenbürgischen Nationalpartei, drei der magyarischen Adoration zugefallen.

Russische Währung in Kaukasien. Zwischen Sowjetrußland und den föderierten kaukasischen Republiken wurde ein Abkommen geschlossen, wonach die sowjetrussische Währung in der gesamten kaukasischen Föderation vom Herbst an eingeführt werden soll.

Die Rownoer Eisenbahnkonferenz. Die von Deutschland, Litauen, Lettland, Estland und Sowjetrußland beschickte Eisenbahnkonferenz hat beschlossen, einen direkten Eisenbahnverkehr zwischen allen Teilnehmerstaaten einzurichten. Die Linie wird aus Deutschland über Königsberg—Rowno—Dünaburg nach Moskau geführt werden. Die Ausarbeitung der Tarife in einer einheitlichen Valuta wird Aufgabe einer neuen Konferenz sein, die nach Riga einberufen werden soll.

Hundertchaften anrückte und sogar mit blanker Waffe vorgegangen sein soll. Sollte ein solches Vorgehen der republikanischen Polizei den Tatsachen entsprechen, so wäre kein Wort des Protestes scharf genug, um das „schneidige“ Vorgehen der einem Sozialdemokraten unterstellten Polizeimannschaften zu kennzeichnen.

Es fragt sich nur, wie lange Lichtspielbesitzer in den Arbeiterquartieren noch die Freiheit besitzen, den „Fredericus-Rex“ ihrem Publikum vorzuführen!

Elternbeiräte der drei Linksparteien von Spandau. Stanken, Tiefwerder, Gatow und Gladow am Dienstag, den 25. April, abends pünktlich 8 Uhr, im Lehrerzimmer der 2. Gemeindeschule, Mollstraße (neben der Jubiläumshalle) dringende Sitzung. Tagesordnung: Die Elternbeiräte wählen am 28. Mai. Jede Schule muß vertreten sein. Alle sozialistischen Lehrer, sowie Abteilungs- und Bezirksführer unserer Partei müssen unbedingt erscheinen!

Ueber Genossenschaften und Sozialismus spricht am Mittwoch in einer von der Konium-Genossenschaft in der Schulaula Mariannenstraße 47 veranstalteten Versammlung Genosse Dr. Kerner aus Wien. Die Genossen werden um rege Beteiligung erucht.

Religionslose Kinder. Der Unterricht im Verwaltungsbezirk „Kreuzberg“ findet wieder regelmäßig in der Schule Wrangelstraße 128 statt. Donnerstag 1/4-5 für Kinder von 11-14 Jahren, Freitag 1/4-5 für Kinder von 6-11 Jahren.

Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur. Dem Jugendamt der Stadt Berlin, Hauptabteilung III, Neue Friedrichstr. 80, ist im Zimmer 50 eine Auskunftsstelle für alle Fragen der Schmutz- und Schundliteratur angegliedert worden, die den Bezirksämtern, Jugend- und Bildungsvereinen, Elternschaften, Schulen usw. dienen soll. Die Auskunftsstelle ist vorläufig an jedem Dienstag von 9-12 Uhr geöffnet; während der Schulschließung bleibt die Auskunftsstelle geschlossen.

Das zweite Todesopfer des Muttermörders. Die furchtbare Bluttat des Arbeiters Roman Müller, die vor 14 Tagen in Richterleide ungeheures Aufsehen erregte, hat jetzt ein zweites Todesopfer gefordert. Nach der Mutter des Mörders ist gestern auch seine Schwester Wanda den Verlegungen, die sie durch die Verhabe des Bruders und ihren Sprung aus dem Fenster erlitten hat, erlegen. Der Mutter- und Schwestermörder ist noch nicht ergriffen.

Beilegung der ermordeten Tieren. Die beiden Opfer des politischen Nordes in der Uhlandstraße, der frühere Generalgouverneur von Trapezunt, Djemal Rym Bey und der Professor Bahau Eddin Chafir Bey wurden gestern vormittag beim Garnisonfriedhof in der Hasenheide beigesetzt. Die Särge wurden indessen nur vorläufig beiseite, sie sollen später in die Heimat der Ermordeten überführt werden. Auch der ermordete Zalaat Pascha ist hier nur einstweilen beiseite.

Ein Kriminalbeamter erschossen. Der Kriminalbeiratspräsident Bartolein vom 67. Polizeirevier in Charlottenburg wurde in der Sonntagsnacht von den Kaufleuten Heinrich und Otto Pechtel erschossen. Bartolein befand sich nicht im Dienst; jedenfalls hat ihn etwas Verdächtiges veranlaßt, an der Ecke Ansbacher- und Augustburger Straße hinter einen Baum zu treten und zu beobachten. Hierbei wurde er von den angetrunkenen Brüdern Pechtel angerepelt und kurzerhand mit Dolch und Revolver bearbeitet. Der Beamte, der schwer stöhnend aufgefunden wurde, starb bald darauf. Heinrich und Otto Pechtel wurden festgenommen.

Die Opfer unserer Zeit. Gestern nachmittag wurde der 26 Jahre alte Kaufmann von der A. in seiner Wohnung in der Woldenberger Straße tot aufgefunden. Er hatte sich wegen Arbeitslosigkeit mit Gas vergiftet. — In seiner Wohnung in der Panstraße fand man gestern nachmittag den 35 Jahre alten Arbeiter Willy K. tot auf, nachdem ein Freund, der vergeblich Einlaß gesucht, die Polizei benachrichtigt hatte. Sein unglückliches Familienleben — die Frau lebte getrennt von ihm — hatte ihn in den Tod getrieben. — Gestern abend sprang der 30 Jahre alte Arbeiter Otto Sch. von der Oberbaumbrücke in die Spree, wurde aber von Passanten wieder herausgezogen und nach dem Krankenhaus Am Friedrichshain geschafft. — Durch Gasvergiftung machte gestern abend die 67 Jahre alte Helene Sp. ihrem Leben ein Ende. Man fand sie in ihrer Wohnung in der Kürbitzenerstraße tot auf. — Gestern vormittag erschien eine Frau B. aus der Seebahnstr., auf einem Polizeirevier und teilte mit, daß ihre Tochter Wanda, die sie während eines Ausganges allein zurückgelassen hatte, sich in der Wohnstube eingeschlossen habe und nicht öffne. Man sprengte die Tür gewaltsam auf und fand nun die Unglückliche an der Türangel erhängt tot auf. Ein Nervenleiden hatte das 29 jährige Mädchen in den Tod getrieben. — Gestern nachmittag wurde am Anlegesteg der Neuen Fischerhütte in Nikolasssee die Leiche des 52 Jahre alten Rentiers Louis S. aus Friedenau aus dem Schiltensee gelandet und dem Schauhaus zugeführt.

Todessturz von einem Dach. Sonntag nachmittag gegen drei Uhr fand man den 56 Jahre alten Monteur Otto Eisenad, der im Hause Kanistr. 5 in Charlottenburg wohnte, in der Schultheiß-Bräuerie in Nieder-Schöneweide im Kesselhaus, wo er am Sonnabend mit Reparaturarbeiten beschäftigt war, tot auf. Er war in einen Schacht gestürzt und hatte einen tödlichen Schädelbruch davongetragen. Der Unfall hat sich wahrscheinlich im Laufe des Sonnabends nachmittag ereignet.

Ein letzter Unfall. Von einem der bekannten Turmwagen, die zu Reparaturen an den Oberleitungen der Straßenbahn benutzt werden, stürzte am Königsplatz in Ober-Schöneweide der Arbeiter Paul Blauf so unglücklich auf das Pflaster, daß er einen schweren Schädelbruch erlitt. Wenn auch solche Unfälle selten sind, dürfte es doch ratsam sein, die recht niedrige Umfassung der Plattform jener Wagen zu erhöhen.

Wer ist der Tote? Aus dem Spandauer Schiffahrtskanal gelandet wurde bei Pöbensee die Leiche eines unbekannten Mannes von etwa 55-60 Jahren, dessen Persönlichkeit sich nicht feststellen läßt. Der unbekannte Tote ist 1,60 m groß, hat graumeliertes Haar und ebenbürtigen Schnurr- und Aeselbart und trug einen Militärrock, eine Militärhose, eine schwarze Weste, einen schwarzen Ueberzieher und schwarze Schuhe. Bei der Leiche wurde außerdem ein Auslaß vorgefunden. Sie mag etwa vier bis sechs Wochen im Wasser gelegen haben. Refugoszenten können sich im Berliner Schauhaus in der Hannoverischen Straße melden.

Gewerkschaftliches

Zum Metallarbeiterstreik in Süddeutschland

Ablehnung des Vergleichsvorschlags.

Der Kampf der Metallarbeiter in Süddeutschland scheint weitere Kreise zu ziehen. Der Vergleichsvorschlag ist mit übergroßer Majorität abgelehnt worden. Folgende Zahlen, die uns eben zugehen, mögen dies veranschaulichen: Die Gesamtstimmzahl betrug 106.862. Für den Vergleich stimmten nur 3294 und gegen denselben 103.471. In Bayern ergab sich folgendes Abstimmungsresultat: Die Zahl der Abstimmungsberechtigten betrug 45.707, für den Vergleich wurden 1025, während gegen den Vergleich 44.732 Stimmen abgegeben wurden. Württemberg wies 43.518 Stimmberechtigte auf, von denen sich 1894 für und 41.568 gegen den Vergleich erklärten. In der Stadt Mannheim gab es 17.587 Stimmen insgesamt, von denen 375 sich für den Vergleich erklärten und 17.171 denselben verwarfen.

Das Abstimmungsresultat zeigt, daß innerhalb der Arbeiterchaft Einmütigkeit darüber herrscht, daß der ungenügende Vergleichsvorschlag unannehmbar ist und der Kampf zur Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen weitergeführt werden muß. Wir veröffentlichen bereits einen Aufruf des Metallarbeiterverbandes, Zahlstelle Berlin, der zur Unterstützung für die kämpfenden süddeutschen Metallarbeiter auffordert. Angesichts des Abstimmungsresultats ergibt sich von selbst, daß diese Hilfsaktion in die Wege zu leiten und tatkräftig zu unterstützen ist.

Die gemeinsame Maifeier

Die Gewerkschaftsunterkommission des 15. Verwaltungsbezirks beschäftigte sich in der letzten Sitzung eingehend mit der Frage der Maifeier. Der Kollege B o m k e gab den Bericht von den Verhandlungen mit den Bezirksvorständen der drei sozialistischen Parteien und dem Vertreter des Sportvereins. Da die Gewerkschaftsunterkommission sich schon im Januar einmütig auf den Standpunkt stellte, den 1. Mai gemeinsam zu feiern, müßte es leicht sein, den Beschluß in die Tat umzusetzen. Es bedurfte aber noch längerer Aussprache, um die Maidemonstration am Vormittag in unserem Bezirk geschlossen durchzuführen. Da unser Bezirk als Außenbezirk in Frage kommt, hat der Ausschuß der Gewerkschaftsunterkommission zugestimmt, daß der 15. Bezirk selbständig eine Vormittagsveranstaltung treffen kann. Diefelbe findet am Vormittag 10 Uhr in Nieder-Schöneweide, Koffhäuserstraße, statt. Die einzelnen Orte gehen geschlossen von einem bestimmten Sammelplatz nach dem Versammlungsort. Die Arbeitergesangsvereine haben die Mitwirkung zugesagt, ebenso Arbeitermusikvereine.

Es wird erwartet, daß alle Betriebe ruheless den 1. Mai durch Arbeitsruhe begehen. Als Referent wird Genosse Otto B i s k a fungieren. Die Nachmittagsveranstaltungen sollten gleichfalls ortswise gemeinsam stattfinden; leider wurde festgehalten, daß in einzelnen Orten die Möglichkeit nicht mehr besteht. Durch Aussprache mit den örtlichen Vorständen der Parteien soll versucht werden, gemeinsame Feiern zu veranstalten. Tanzveranstaltungen sollen an diesem Tage ausgeschlossen werden. Der 1. Mai soll in würdevoller Weise, wenn möglich, in der freien Natur verbracht werden.

Jobel berichtete über die stattgefundene Plenarversammlung, und stimmte die Unterkommission den, vom Ausschuß vorgeschlagenen, Richtlinien über die Führung der wirtschaftlichen Kämpfe einstimmig zu. In der nächsten Sitzung soll zu der Volksfrage Stellung genommen werden. Mit dem Hinweis, die kurze Zeit bis zum 1. Mai auszunutzen, um eine wichtige Rundgebung auch innerhalb des 15. Bezirks zu erzielen, schloß Kollege B o m k e die Sitzung.

Die Lohnbewegung in den Ladensleischereien

Die tarifliche Regelung der Löhne ist nunmehr vor dem Demobilisierungskommissar zum Abschluß gekommen. Die Fleischverordnungen haben die 40 prozentige Lohnerhöhung ab 1. April angenommen. Die Löhne betragen nunmehr für Gesellen im ersten Jahre nach der Lehre 448 M., für Gesellen ohne verantwortliche Stellung 588 M., für Gesellen in verantwortlicher Stellung 58 M. und für Ladengehilfen 770 M. Für Verkäuferinnen von 280-350 M. in Kost und Logis und 910-1610 M. ohne Kost und Logis. Für alle übrigen Berufsstände tritt ein Zuschlag von 30 M. pro Monat bis zu zehn Berufsjahren ein.

Die hier zum Abschluß gekommenen Löhne und Gehälter sind in heutiger Zeit gewiß nicht als vorbildlich zu betrachten und stehen um ein erhebliches gegen Löhne anderer Arbeiterkategorien zurück. Und man sollte es nicht glauben, daß es trotzdem Fleischermeister gibt, die gehende Gehälter betreiben und gegen die Lohnerhöhungen sich mit Händen und Füßen sträuben. Zu diesen gehört auch ein Renegat, der selbst jahrelang der Gewerkschaftsorganisation angehört, und der es sich angelegen sein läßt, jetzt gegen die Arbeitnehmer scharf zu machen. Es ist dies Herr D i o n i d e f, Eißnerstraße 67. Zweifellos lauft bei diesem Herrn so mancher Arbeiter sein Bedarf ein.

Streik der Landarbeiter in Stargard

Da der Vorstand des Reichs-Landbundes die Verhandlungen mit dem Deutschen Landarbeiterverband über den Abschluß eines neuen Tarifes für abgebrochen erklärt hat, sind im Lande Stargard am Donnerstag, den 20. April, auf etwa 70 Gütern über 3000 Landarbeiter im Einvernehmen mit dem Vorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes in den Streik getreten, um einen Tarifabschluß mit der Arbeitgebergruppe des Landbundes zu erzwingen.

Die Notstandsarbeiten, darunter fällt nicht die Saatbestellung, werden durch die Streikenden selbst ausgeführt.

Die Arbeitgeber werben Streikbrecher an und bieten bei freier Beschäftigung pro Stunde 3 M. und dazu pro Tag 30 Pfund Kartoffeln. Mit diesem Angebot bewelken die Arbeitgeber, daß sie die Forderungen der Landarbeiter sehr leicht bewilligen könnten. Die Ablehnung des Tarif-

abschlusses mit dem Deutschen Landarbeiterverband ist nicht weiter, als eine Machtprobe der Arbeitgeber zur Verneinung der gewerkschaftlichen Organisation unter Hintanhaltung aller Rücksichten auf die Volkswirtschaft. Der Zugang von Arbeitern nach dem Lande Stargard ist unter allen Umständen fern zu halten.

Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat!

Der dritte der veranstalteten Einzelvorträge der Betriebsräteschule findet Mittwoch, den 26. April, abends 8 Uhr in der Aula des Sophien-Bezirks, Weinmeisterstraße 16-17, statt. Thema: Das Aufsichtsratsgesetz. Referent: Dr. Georg Flato w. Alle Betriebsräte in Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung (G. m. b. H.), Kommanditgesellschaften auf Aktien und Genossenschaften fallen unter das Aufsichtsratsgesetz. Für sie ist der Vortrag von ganz besonderer Wichtigkeit. Eintrittskarten zum Preise von 1 M. sind im Büro der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, Berlin S. O., Engelauer 24-25, 2. Hof I, sowie am Saaleingang erhältlich.

USPD. Eisenbrecher, Revolverbrecher, Dreherinnen und Rundschleifer. Am Donnerstag, den 27. April, abends 8 Uhr, findet in der Schulaula am Ruppenplatz eine wichtige Versammlung aller USPD-Genossen und Genossinnen statt. Tagesordnung: Stellungnahme zur Neuwahl der Branchenkommission. Erscheinen unbedingte Pflicht. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert. Der Fraktionsvorstand.

Graphisches Gewerbe! Heute abend 7 Uhr findet im Dresdener Kasino, Dresdener Str. 96, die Gruppenversammlung der Betriebsräte statt. Tagesordnung: Neuwahl der Gruppenleitung, der Zentralratsmitglieder und Delegierten zur Generalversammlung. Wir ersuchen alle Genossen und Genossinnen, in dieser wichtigen Versammlung anwesend zu sein.

Zentralverband der Zimmerer. 1. Am 26. April 1922 Lehrungsverammlung, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, 2. Am 27. April 1922 Funktionsversammlung, Gewerkschafts- u. s. w. 3. Am 28. und 29. April 1922 in allen Bezirken Bezirksversammlungen. (Stellungnahme zur Lohnrevision und Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskongress. 4. Am Sonntag, den 30. April 1922, vorm. 9 Uhr, Jahrestagsversammlung, Kaiser-Wilhelm-Straße 31. Der Vorstand.

Notstandsarbeiten in England. Zur Vinderung der Arbeitslosigkeit sind Notstandsarbeiten in großem Umfange aufgenommen worden. Nach einem Regierungsbericht waren bis zum 16. Februar 1404 Maßnahmen produktiver Erwerbslosten für den Erwerb anerkannt mit einem Gesamtaufwand von 15 1/2 Millionen Pfund (über 300 Millionen Mark Friedenswährung). Es wird gerechnet, daß diese Maßnahmen 597.000 Arbeitslose für je einen Monat Arbeit geben.

Parteiveranstaltungen

Dienstag, den 25. April.

13. Verwaltungsbezirk (Tempelhofer, Mariendorf, Marienfelde, Hahnenberg). Abends 7.30 Uhr, Fraktionsversammlung im Rathaus, Mariendorf, Zimmer 26.
6. Bezirk. Heute abend findet im Koolbergschulhaus, Bielefeldstraße eine öffentliche Parteiverammlung gegen die Reichsregierung statt.
20. Bezirk (Kreuzberg). Ortsnützliche Generalversammlung, abends pünktlich 7 Uhr, in der Schulaula, Neidenbörner Straße, Ecke Forster Straße. Tagesordnung: Bericht und Neuwahl des Vorstandes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Mittwoch, den 26. April.

1. Verwaltungsbezirk. Die geplante Frauenversammlung findet am Mittwoch, den 26. 4. nicht statt.
5. Verwaltungsbezirk, 15., 16., 17. Bildungskommission, abends 8 Uhr, Sitzung bei Wilhelm, Fetscherburger Straße 5.
5. Verwaltungsbezirk, Elternbeiräte, abends 7 Uhr, Vollerversammlung aller sozialistischen Elternbeiräte, Ansbacher, Leber und Junckmann der politischen Parteien. Thema: Die bevorstehenden Elternbeiratswahlen. — Die Funktionäre müssen einladen.
13. Verwaltungsbezirk (Tempelhofer, Mariendorf, Marienfelde, Hahnenberg). Abends 6 Uhr, Bezirksleiterbesprechung-Sitzung im Jugend-Tempelhof, Gormantstraße.
10. Bezirk. Gesundheitswesen. Lichtbildvortrag nur für Frauen, Referent: Schwester Rudi-Dochter, abends 7 Uhr, Reichshaus, Radstr. 23. Hälfte der anderen Hälfte sind willkommen. Der im vorigen Heft veröffentlichte Vortrag des Herrn Mendel über „Religion“ findet wegen des Unzulässigkeitstrages nicht statt.
14. Bezirk. Der am 26. April festgesetzte Lichtbildvortrag für Frauen fällt unannehmlicher aus.
19. Bezirk (Kreuzberg). Abends 7.30 Uhr, Sitzung der Bildungskommission mit dem Ausschuß des Vorstandes bei Reich, Gormantstr., Ecke Gormantstraße.
Verwaltungsbezirk Prenzlauer Berg. Nachmittags 6 Uhr, im neuen Sitzungssaal des Bezirksamts (Aula), Langfurter Straße 61-63, Bezirksleiterbesprechung.
Charlottenburg. Abends 7 Uhr, in der Hohenberg-Charlottenburg-Schule, Burgstraße, an der Ankerstraße, Generalversammlung. Tagesordnung: Geschäftsbericht, Neuwahl des Vorstandes, Abstimmung über die Reichsregierung.
Stargard. Ortsnützliche in den folgenden Orten: 1. Bezirk, bei Hauptmann zum Stern, Wilmsh. Ecke Hohenberg Straße. 2. Bezirk, bei Martin, Hohenbergstr. 4. 3. Bezirk, bei Turmmeister, Hohenbergstr. 36. 4. Bezirk, im Lokal Hohenbergstraße 12. 5. Bezirk, bei Wende, Burgstraße, Ecke Hohenbergstr. 6. 6. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 7. 7. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 8. 8. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 9. 9. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 10. 10. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 11. 11. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 12. 12. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 13. 13. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 14. 14. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 15. 15. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 16. 16. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 17. 17. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 18. 18. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 19. 19. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 20. 20. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 21. 21. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 22. 22. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 23. 23. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 24. 24. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 25. 25. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 26. 26. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 27. 27. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 28. 28. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 29. 29. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 30. 30. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 31. 31. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 32. 32. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 33. 33. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 34. 34. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 35. 35. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 36. 36. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 37. 37. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 38. 38. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 39. 39. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 40. 40. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 41. 41. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 42. 42. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 43. 43. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 44. 44. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 45. 45. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 46. 46. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 47. 47. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 48. 48. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 49. 49. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 50. 50. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 51. 51. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 52. 52. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 53. 53. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 54. 54. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 55. 55. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 56. 56. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 57. 57. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 58. 58. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 59. 59. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 60. 60. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 61. 61. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 62. 62. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 63. 63. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 64. 64. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 65. 65. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 66. 66. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 67. 67. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 68. 68. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 69. 69. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 70. 70. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 71. 71. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 72. 72. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 73. 73. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 74. 74. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 75. 75. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 76. 76. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 77. 77. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 78. 78. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 79. 79. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 80. 80. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 81. 81. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 82. 82. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 83. 83. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 84. 84. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 85. 85. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 86. 86. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 87. 87. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 88. 88. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 89. 89. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 90. 90. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 91. 91. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 92. 92. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 93. 93. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 94. 94. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 95. 95. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 96. 96. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 97. 97. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 98. 98. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 99. 99. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 100. 100. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 101. 101. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 102. 102. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 103. 103. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 104. 104. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 105. 105. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 106. 106. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 107. 107. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 108. 108. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 109. 109. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 110. 110. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 111. 111. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 112. 112. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 113. 113. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 114. 114. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 115. 115. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 116. 116. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 117. 117. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 118. 118. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 119. 119. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 120. 120. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 121. 121. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 122. 122. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 123. 123. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 124. 124. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 125. 125. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 126. 126. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 127. 127. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 128. 128. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 129. 129. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 130. 130. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 131. 131. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 132. 132. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 133. 133. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 134. 134. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 135. 135. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 136. 136. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 137. 137. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 138. 138. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 139. 139. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 140. 140. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 141. 141. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 142. 142. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 143. 143. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 144. 144. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 145. 145. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 146. 146. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 147. 147. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 148. 148. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 149. 149. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 150. 150. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 151. 151. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 152. 152. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 153. 153. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 154. 154. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 155. 155. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 156. 156. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 157. 157. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 158. 158. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 159. 159. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 160. 160. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 161. 161. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 162. 162. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 163. 163. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 164. 164. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 165. 165. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 166. 166. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 167. 167. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 168. 168. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 169. 169. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 170. 170. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 171. 171. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 172. 172. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 173. 173. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 174. 174. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 175. 175. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 176. 176. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 177. 177. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 178. 178. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 179. 179. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 180. 180. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 181. 181. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 182. 182. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 183. 183. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 184. 184. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 185. 185. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 186. 186. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 187. 187. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 188. 188. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 189. 189. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 190. 190. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 191. 191. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 192. 192. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 193. 193. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 194. 194. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 195. 195. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 196. 196. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 197. 197. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 198. 198. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 199. 199. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 200. 200. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 201. 201. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 202. 202. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 203. 203. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 204. 204. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 205. 205. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 206. 206. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 207. 207. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 208. 208. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 209. 209. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 210. 210. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 211. 211. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 212. 212. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 213. 213. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 214. 214. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 215. 215. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 216. 216. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 217. 217. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 218. 218. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 219. 219. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 220. 220. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 221. 221. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 222. 222. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 223. 223. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 224. 224. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 225. 225. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 226. 226. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 227. 227. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 228. 228. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 229. 229. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 230. 230. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 231. 231. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 232. 232. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 233. 233. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 234. 234. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 235. 235. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 236. 236. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 237. 237. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 238. 238. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 239. 239. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 240. 240. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 241. 241. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 242. 242. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 243. 243. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 244. 244. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 245. 245. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 246. 246. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 247. 247. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 248. 248. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 249. 249. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 250. 250. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 251. 251. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 252. 252. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 253. 253. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 254. 254. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 255. 255. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 256. 256. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 257. 257. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 258. 258. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 259. 259. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 260. 260. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 261. 261. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 262. 262. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 263. 263. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 264. 264. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 265. 265. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 266. 266. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 267. 267. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 268. 268. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 269. 269. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 270. 270. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 271. 271. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 272. 272. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 273. 273. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 274. 274. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 275. 275. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 276. 276. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 277. 277. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 278. 278. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 279. 279. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 280. 280. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 281. 281. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 282. 282. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 283. 283. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 284. 284. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 285. 285. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 286. 286. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 287. 287. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 288. 288. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 289. 289. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 290. 290. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 291. 291. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 292. 292. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 293. 293. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 294. 294. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 295. 295. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 296. 296. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 297. 297. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 298. 298. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 299. 299. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 300. 300. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 301. 301. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 302. 302. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 303. 303. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 304. 304. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 305. 305. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 306. 306. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 307. 307. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 308. 308. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 309. 309. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 310. 310. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 311. 311. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 312. 312. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 313. 313. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 314. 314. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 315. 315. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 316. 316. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 317. 317. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 318. 318. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 319. 319. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 320. 320. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 321. 321. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 322. 322. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 323. 323. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 324. 324. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 325. 325. Bezirk, bei Wende, Hohenbergstr. 326. 326. Bezirk, bei Wende,